

479/AE XXI.GP
Eingelangt am: 04.07.2001

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Rudolf Parnigoni
und GenossInnen
betreffend den Bericht über Rechtsextremismus in Österreich

Rechtsextremismus wird in Österreich von der Bevölkerung als großes Gefahrenpotential und Bedrohung wahrgenommen. Diesen Umstand wird seitens der Sicherheitsbehörden im Rahmen der Bekämpfung der rechtsextremen Ideologie besonders Rechnung getragen. Dazu gehört auch der Jahreslagebericht des Bundesministeriums für inneres über Rechtsextremismus in Österreich, der seit 1993 herausgegeben wird.

Wie aus der Berichterstattung der Zeitschrift "Format", Nr. 26 vom 25. Juni 2001 hervorgeht, plant das Bundesministerium für Inneres, künftig keinen eigenen Rechtsextremismusbericht mehr zu verfassen.

Dazu heißt es im „Format“ u.a.: „Das Papier war den Freiheitlichen deshalb höchst verhaßt, weil darin regelmäßig die Kontakte schlagender Burschenschaften zur Neonazi - Szene aufgezeigt wurden - immerhin sind zahlreiche hochrangige Blaue Mitglieder bei Verbindungen. Zitat aus dem aktuellen Bericht: ‚Der von diesen Burschenschaften unterschwellig ausgehenden rechtsextremen Ideologieverbreitung wird im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes weiterhin besonderes Augenmerk zugewendet.‘ Nachdem FORMAT im Mai über die STAPO - Analyse berichtet hatte, kam es zu massiven Interventionen der Freiheitlichen im Innenministerium.“

Dem Vernehmen nach soll nun der Bericht über Rechtsextremismus in Österreich nicht mehr gesondert herausgegeben, sondern im Rahmen eines allgemeinen Staatsschutzberichtes abgehandelt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Entschließung

Der Nationalrat hat beschlossen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, weiterhin einen eigenen Jahreslagebericht über den Rechtsextremismus in Österreich zu verfassen und dem Nationalrat vorzulegen.“

Zuweisungsvorschlag: **Ausschuß für Innere Angelegenheiten**